



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Februar 2013 (14.02)
(OR. en)**

5894/13

**COMPET 64
MI 67
IND 27
RECH 28
POLGEN 12**

VERMERK

des Vorsitzes
für den AStV/RAT

Nr. Komm. dok.: 16669/12 ECOFIN 984 SOC 959 COMPET 728 EDUC 358 ENV 885 RECH 433
ENER 493 FISC 180
17281/12 COMPET 754 MI 806 CONSOM 152 IND 220 RECH 455 TRANS 450
TELECOM 245 POLGEN 208

Betr.: Vermerk des Vorsitzes für eine Orientierungsaussprache über das Europäische Semester/den Jahreswachstumsbericht 2013 über den Binnenmarkt, die Industrie, sowie Forschung und Innovation betreffende Aspekte

Einleitung

1. Der Jahreswachstumsbericht 2013, den die Europäische Kommission am 28. November 2012 angenommen hat, leitet das Europäische Semester 2013 für die wirtschaftspolitische Koordination ein, mit dem sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Strategie Europa 2020 abstimmen. Er dient als Grundlage, um bei den Bemühungen der EU, auf einen Weg nachhaltigen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen zurückzukehren, einen Grundkonsens über die Handlungsprioritäten auf nationaler und auf EU-Ebene herbeizuführen.

Der Jahreswachstumsbericht sollte in die wirtschafts- und haushaltspolitischen Beschlüsse einfließen, die die Mitgliedstaaten im April 2013 in ihren Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogrammen (im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts) und in ihren nationalen Reformprogrammen (im Rahmen der Strategie Europa 2020) darlegen werden. Ausgehend von diesen Programmen wird die Europäische Kommission im Mai 2013 ihre länderspezifischen Empfehlungen vorschlagen.

2. Die Empfehlungen des Jahreswachstumsberichts sind die gleichen wie im Jahreswachstumsbericht 2012, nämlich
 - i) eine differenzierte, wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung durchzuführen,
 - ii) wieder eine normale Kreditvergabe an die Wirtschaft zu erreichen,
 - iii) Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für heute und morgen zu fördern,
 - iv) Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die sozialen Folgen der Krise zu bewältigen sowie
 - v) die Verwaltungen zu modernisieren.

3. Die Wirtschaft der EU ist im Begriff, langsam aus der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten herauszufinden. Doch auch wenn bereits Maßnahmen von großer Tragweite ergriffen wurden und positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, sind wir von einer unionsweiten und nachhaltigen Erholung noch ein Stück weit entfernt. Gegenwärtig sind die Aussichten auf ein in Kürze wiedereinsetzendes signifikantes Wachstum gering.

4. Ohne eine starke und innovative EU werden wir angesichts der wachsenden Wirtschaftsmacht anderer Kontinente, insbesondere der aufstrebenden Volkswirtschaften, in neuen Wirtschaftszweigen und Technologien nicht wettbewerbsfähig sein können. In einer Situation, in der nur wenig Handlungsspielraum besteht, um das Wachstum aufgrund makroökonomischer Politiken zu fördern, wird sich das Wachstum im Kern aus höherer Produktivität und höherem Mehrwert durch Innovation, Forschung und Bildung bzw. durch Verbesserung der Kompetenzen der Arbeitnehmer, Flexibilität und Reformen des Arbeitsmarktes sowie Stärkung und Vertiefung des Binnenmarkts speisen. Die Instrumente der Europäischen Union für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Ressourcen für die Forschung und für Investitionen in Infrastrukturen werden dabei auch eine wichtige Rolle spielen. Die Hebelwirkung von Investitionen aus dem Privatsektor könnte die Wirkung der politischen Maßnahmen Hand beträchtlich vervielfachen.

Industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt

5. Eine höhere industrielle Wettbewerbsfähigkeit ist eine starke Treibkraft für Wachstum und Beschäftigung sein und in diesem Sinne dazu beitragen, alle der miteinander verknüpften Ziele der Strategie Europa 2020 auf EU-Ebene zu erreichen. Es ist wichtig, an langfristig orientierten wachstumssteigernden Maßnahmen festzuhalten, welche die Produktivität der europäischen Industrie und des europäischen Dienstleistungssektors und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EU steigern. Überdies werden Preiswettbewerbsfähigkeit und kontinuierliche industrielle Umstrukturierung dazu beitragen, die Exporte der Mitgliedstaaten anzukurbeln.
6. Die zunehmend wichtige Rolle der globalen Wertschöpfungsketten für die Industrie der EU erfordert einen unterschiedlichen Ansatz für die Industriepolitik, bei dem die Querverbindungen und eine schwerpunktmäßige Förderung der Bildung von Netzwerken, die den Technologietransfer erleichtern, in stärkerem Maße berücksichtigt werden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte darauf liegen, den KMU den Zugang zu den Weltmärkten zu ermöglichen, um das Potenzial rasch wachsender Märkte und Technologien auszuschöpfen.
7. Erstmals ist der Binnenmarkt durch Aufnahme eines Berichts über den Stand der Binnenmarktintegration 2013 in das Paket des Jahreswachstumsbericht stärker auf das Europäische Semester abgestimmt. Die Einbeziehung der Beobachtung des Binnenmarktes in den gesamten Prozess des Europäischen Semesters wird dazu beitragen, die Vorteile eines Binnenmarktes mit mehr als 500 Millionen Menschen und der höchsten Kaufkraft weltweit in vollem Umfang zu nutzen. Insbesondere dürfte dies die Feststellung von Engpässen und Mängeln der gegenwärtigen Situation erleichtern und Anhaltspunkte für die Behebung dieser Engpässe und Mängel liefern. Dieser Ansatz ist als Teil einer regelmäßigen Bestandsaufnahme der Fortschritte im Bereich der Binnenmarktvorschriften, insbesondere der Binnenmarktakten I und II, gedacht und, und wird auch die Rolle des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) bei der Beobachtung der wachstumsfördernden Maßnahmen und der Erteilung entsprechender politischer Handlungsempfehlungen stärken.

8. Diesem Vermerk ist ein Dokument des Vorsitzes zum Jahreswachstumsbericht 2013 beigelegt, das von der hochrangigen Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" in ihrer Sitzung vom 1. Februar 2013 erörtert wurde (Anlage I). In dem Dokument des Vorsitzes werden mehrere Feststellungen genannt und Prioritäten vorgeschlagen im Hinblick auf die weitere Entwicklung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und des Binnenmarktes und die Ausschöpfung von dessen ungenutztem Potenzial als Triebfeder für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Darin sind auch die wichtigsten Ansichten wiedergegeben, die in der Sitzung der hochrangigen Gruppe geäußert wurden.
9. Vor dem oben und in der Anlage beschriebenen allgemeinen Hintergrund ersucht der Vorsitz den Rat (Wettbewerbsfähigkeit - Binnenmarkt und Industriepolitik), sich auf seiner Tagung am 19. Februar 2013 als Beitrag zum Europäischen Semester mit folgenden Fragen zu befassen:
- *Wie können wir sicherstellen, dass die Industriepolitik der EU den verarbeitenden Unternehmen, einschließlich der KMU, hilft, Teil der globalen Wertschöpfungsketten zu werden und das Potenzial rasch wachsender Märkte und Technologien auszuschöpfen?*
 - *Welche wären die wichtigsten Maßnahmen, um die noch bestehenden Hemmnisse im Dienstleistungssektor auszuräumen und insbesondere die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu verbessern?*
 - *Welche wären die wirksamsten auf EU-Ebene zu treffenden Maßnahmen, um die Binnenmarktsteuerung zu verbessern?*

Forschung und Innovation

10. Forschung und Innovation haben eine wichtige Rolle bei der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung zu spielen. Kontinuierliche Fortschritte der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Einhaltung ihrer – die F&E-Investitionen betreffenden – Verpflichtungen im Rahmen von Europa 2020 werden dazu einen wertvollen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang ist es vorrangig, dass private Investitionen in F&E die staatlichen Bemühungen ergänzen, damit das 3%-Ziel für Forschungsinvestitionen in der Europäischen Union erreicht werden kann. Im Rahmen einer fortgesetzten differenzierten wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung sind Effizienz und Wirksamkeit dieser Investitionen von entscheidender Bedeutung. Dies würde wirksame Maßnahmen zur Unterstützung der Fähigkeit der europäischen Industrie, Innovationen zu schaffen, im weltweiten Wettbewerb mitzuhalten und Investitionen aus dem Privatsektor in neue Technologien und Marktchancen zu mobilisieren, beinhalten, einschließlich nationaler Reformen zur Förderung der Ausgestaltung der Innovationsunion und der Vollendung des Europäischen Forschungsraums.

11. Diesem Vermerk ist die Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Forschungsraum zum Jahrswachstumsbericht 2013 beigefügt, die im Anschluss an dessen Sitzung vom 25. Januar 2013 im Wege des schriftlichen Verfahrens angenommen wurde (Anlage II). In der Stellungnahme werden mehrere Feststellungen genannt und Prioritäten vorgeschlagen im Hinblick auf einen verstärkten Beitrag von Forschung und Innovation zu den politischen Maßnahmen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung sowie verstärkte Auswirkungen von Forschung und Innovation auf diese Maßnahmen.

12. Vor dem oben und in der Anlage beschriebenen allgemeinen Hintergrund ersucht der Vorsitz den Rat (Wettbewerbsfähigkeit - Forschung), sich auf seiner Tagung am 18. Februar 2013 als Beitrag zum Europäischen Semester mit folgenden – hauptsächlich Forschung und Innovation betreffenden – Fragen zu befassen: Die Mitglieder des Rates werden ersucht, die drei folgenden Fragen zu beantworten:

- *Wie werden wir dafür sorgen, dass Europa bei der Vorwegnahme der nächsten Welle der technologischen Weiterentwicklung und der Marktperspektiven an vorderster Stelle steht, und wie können wir Europas Führungsposition in dieser Hinsicht optimieren?*
- *Können öffentlich-private Partnerschaften zur Unterstützung von Investitionen in Forschung und Innovation entwickelt werden? Gibt es dafür gute Beispiele?*
- *Wie können wir die Umsetzung von F&E-Ergebnissen in Arbeitsplätze und marktfähige Produkte und Dienstleistungen am besten fördern?*

Dokument des Vorsitzes**Europäisches Semester: Rat (Wettbewerbsfähigkeit) und
Jahreswachstumsbericht 2013****EINLEITUNG**

1. Der Jahreswachstumsbericht für 2013 (den die Europäische Kommission am 28. November 2012 veröffentlicht hat), leitet das Europäische Semester 2013 für die wirtschaftspolitische Koordinierung ein, mit dem sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Strategie Europa 2020 abstimmen. Er dient als Grundlage, um bei den Bemühungen der EU, auf einen Weg nachhaltigen Wachstums und der Beschaffung von Arbeitsplätzen zurückzukehren, einen Grundkonsens über die Handlungsprioritäten auf nationaler und auf EU-Ebene herbeizuführen. Der Jahreswachstumsbericht sollte sich auf die wirtschafts- und haushaltspolitischen Entscheidungen auswirken, die die Mitgliedstaaten im April 2013 in ihren Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogrammen (im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts) und in ihren nationalen Reformprogrammen (im Rahmen der Strategie Europa 2020) vorlegen werden. Ausgehend von diesen Programmen wird die Europäische Kommission im Mai 2013 ihre länderspezifischen Empfehlungen vorschlagen.
2. Erstmals hat die Kommission den Jahreswachstumsbericht um einen Bericht über den Stand der Binnenmarktintegration ergänzt. Die Kommission beabsichtigt, künftig jedes Jahr einen solchen Bericht vorzulegen, und hat dabei zwei Ziele im Blick: erstens, einen Überblick über die Integration des Binnenmarkts im Hinblick auf die vier Freiheiten zu geben, und zweitens, in einer beschränkten Anzahl prioritärer Bereiche, die für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum von herausragender Bedeutung sind, die politischen Prioritäten für weitere Maßnahmen auf nationaler Ebene zu bewerten und festzulegen.

Die Empfehlungen des Jahreswachstumsberichts sind die gleichen wie im Jahreswachstumsbericht 2012, nämlich

- i) eine differenzierte, wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung durchzuführen,
- ii) wieder eine normale Kreditvergabe an die Wirtschaft zu erreichen,
- iii) Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für heute und morgen zu fördern,
- iv) Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die sozialen Folgen der Krise zu bewältigen sowie
- v) die Verwaltungen zu modernisieren.

3. Dieses Dokument des Vorsitzes trägt den Auffassungen Rechnung, welche die **hochrangige Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum"** in ihrer Sitzung vom 1. Februar 2013 auf der Grundlage eines Non-Papers des Vorsitzes mit Hintergrundinformationen geäußert hatte. Zudem soll das erstellte Dokument in die Beratungen und Beschlüsse der Minister auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 18./19. Februar 2013 einfließen. Generell stimmt die hochrangige Gruppe den allgemeinen Prioritäten des Jahreswachstumsbericht zu. Im Rahmen von drei gesonderten Beratungsrunden, die den in den drei Teilen dieses Dokuments behandelten Themen gewidmet waren, hat die hochrangige Gruppe die folgenden wichtigen Punkte herausgearbeitet, die zu prüfen sind:

- Die hochrangige Gruppe unterstreicht die Bedeutung der horizontalen Rolle der hochrangigen Gruppe, insbesondere in Bezug auf ihr neues Arbeitsprogramm, sowie die Bedeutung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) für die weitere Ausgestaltung der Wettbewerbsfähigkeits- und Wachstumsaspekte des Prozesses des Europäischen Semesters und für die Fortsetzung der politischen Beratungen über diesbezügliche Wettbewerbsfragen;
- die Bedeutung der externen Wettbewerbsfähigkeit und einer ambitionierten externen Handelsagenda als Triebfeder für Wachstum, Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen;

- fortgesetzte Unterstützung für die KMU, Zugang zu Finanzierung und zur Agenda für unternehmerische Initiative, einschließlich der Unterstützung für Clusterbildung und Modernisierung staatlicher Beihilfen;
- rasche Vollendung der Binnenmarktakte I und Voranbringen der Binnenmarkt-II-Initiativen eingedenk des erforderlichen Abschlusses spätestens bis zum Ende der gegenwärtigen Wahlperiode 2014;
- Aufrechterhaltung und Stärkung der industriellen Basis der EU und der Bedeutung neuer Technologien, der Innovation sowie der Vollendung des digitalen Binnenmarktes;
- eine bessere Regulierung und Folgenabschätzung sollte auch weiterhin in den Vordergrund gestellt werden und sich dabei auf evidenzbasierte politische Erwägungen stützen;
- was die Strukturreform anbelangt, so ist die Aufrechterhaltung der Effizienz der öffentlichen Verwaltungen von Belang, insbesondere im Kontext der elektronischen Behördendienste;
- die hochrangige Gruppe begrüßte die jährliche Einbeziehung des Bericht über den Stand der Integration des Binnenmarktes in den Jahreswachstumsbericht und hob hervor, dass die Mitgliedstaaten die systematische Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie vorantreiben, das volle Potenzial der einheitlichen Ansprechpartner ausschöpfen und weiterhin das Binnenmarktinformationssystem entwickeln sowie eine größere Sensibilisierung für SOLVIT erreichen müssen. Der Einsatz von Gruppendruck und der gegenseitigen Evaluierung wird als zweckmäßiges Instrument angesehen und die Fortsetzung des Dialogs mit der Kommission ist diesbezüglich gerechtfertigt.

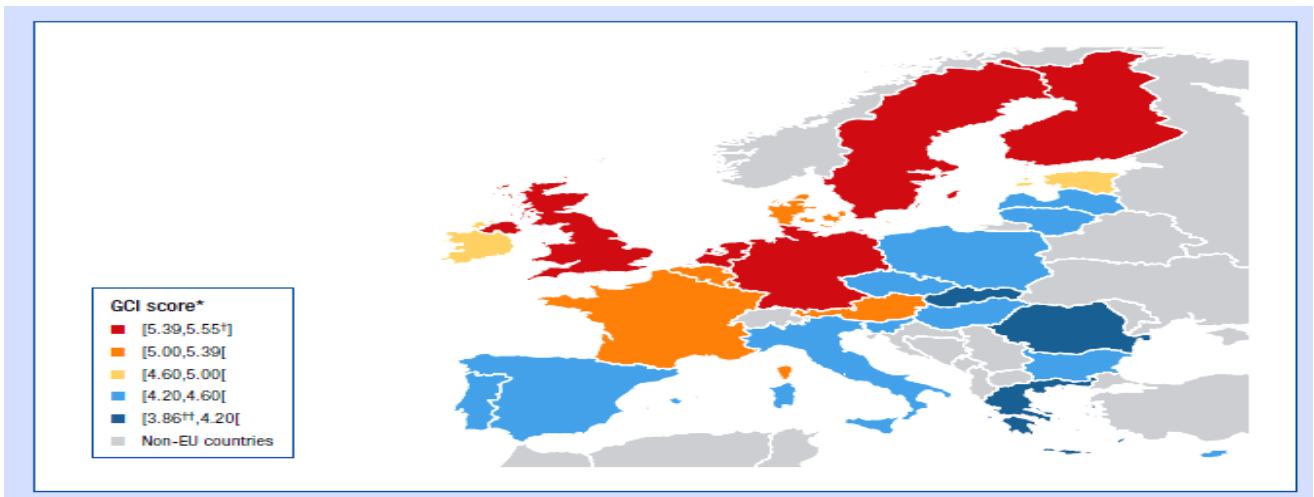
TEIL 1: Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

KONTEXT

4. Die Wirtschaft der EU ist im Begriff, langsam aus der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten herauszufinden. Doch auch wenn bereits Maßnahmen von großer Tragweite ergriffen wurden und positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, sind wir von einer unionsweiten und nachhaltigen Erholung noch ein Stück weit entfernt. Gegenwärtig sind die Aussichten auf ein in Kürze wieder einsetzendes signifikantes Wachstum gering. Die Europäische Kommission schätzt, dass die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets im nächsten Jahr um lediglich 1 % wachsen wird. Die Schuldenprobleme sind nach wie vor beträchtlich, und Rezession und Arbeitslosigkeit drohen unsere Fähigkeit, Schulden zu bedienen, und unsere Glaubwürdigkeit an den Kapitalmärkten zu untergraben. Die inhärenten "Konzeptionsmängel" bei der Realisierung der europäischen Währungsunion sind noch nicht vollständig behoben. Die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) sind Europa zwar an Tempo überlegen, wachsen jedoch langsamer als 2011, und die US-amerikanische Wirtschaft stagniert weiterhin.

5. Je wettbewerbsfähiger und produktiver die Wirtschaft, desto eher wird sie nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze hervorbringen. Die wirtschaftspolitische Steuerung der Union und die Vorschläge für eine Bankenunion wirksam umzusetzen, ist eine Voraussetzung dafür, das Vertrauen in die europäische Wirtschaft wiederherzustellen. So muss rasch eine Einigung über den künftigen haushaltspolitischen und politischen Rahmen der EU für die Jahre 2014-2020 erzielt werden. Eine erfolgreiche Unterstützung dieser Ziele wird eine solide Grundlage bilden, die dazu beitragen wird, in der gesamten Union zum Wirtschaftswachstum zurückzukehren und Arbeitsplätze zu schaffen.

6. Parallel dazu ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um **Strukturreformen** nicht nachlassen. Sparmaßnahmen, die für die dringend erforderliche Haushaltskonsolidierung und Bankenstabilisierung ergriffen werden, sollten durch entschiedene Maßnahmen flankiert werden, die darauf abzielen, das Wirtschaftswachstum wiederzubeleben und die Arbeitsintensität bzw. Beschäftigungswirksamkeit des Aufschwungs zu erhöhen. Auch wenn die zentralen Aussagen des Jahreswachstumsberichts unbestreitbar sind, ist es doch bezeichnend, dass bei seinen Empfehlungen dieselben Prioritäten im Mittelpunkt stehen wie im Vorjahresbericht – möglicherweise ein Hinweis darauf, dass die dringend benötigten Strukturreformen nicht überall schnell genug vonstatten gehen. Eine aktuelle Studie der Vereinigung der europäischen Industrie- und Handelskammern (EUROCHAMBERS) von 2013 weist darauf hin, dass sich das Vertrauen der Unternehmen in der gesamten EU auf dem tiefsten Stand seit 20 Jahren befindet, und dass die Wiederherstellung finanzieller Liquidität Vorrang haben muss. Mehrere EU-Mitgliedstaaten gehören laut Wettbewerbsbericht ("Global Competitiveness Report") 2012-2013 des Weltwirtschaftsforums (WEF) zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt; acht von ihnen befinden sich sogar unter den ersten 20. Bemerkenswert ist jedoch, dass es innerhalb der EU beträchtliche Unterschiede gibt, was die Wettbewerbsfähigkeit betrifft. Die nachstehende Landkarte der globalen Wettbewerbsfähigkeit ("Global Competitiveness Heat Map") veranschaulicht die Disparitäten:



Global Competitiveness Report 201-2013 – World Economic Forum. Competitiveness in the EU: Global Competitiveness Indicator (GCI) Heat Map¹

¹ WEF Twelve Pillars of Competitiveness weighted averages

7. Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in die EU sind zwischen 2007 und 2011 um mehr als 350 Mrd. EUR (McKinsey) gefallen, und weltweit agierende Unternehmen senken ihre Kosten, indem sie Geschäftsbereiche in Schwellenländer verlagern, in denen die Produktionskosten niedriger sind. Nach dem **Europäischen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit 2012 – "Die Früchte der Globalisierung ernten"** wird Wachstum langfristig durch eine Kombination zahlreicher Faktoren, von denen Offenheit und ein unternehmensfreundliches Umfeld zwei der wichtigsten sind, erhöht und aufrechterhalten. Im Prozess der Haushaltskonsolidierung und in Situationen, in denen die öffentlichen Finanzen stark unter Druck stehen, geht der Bericht davon aus, dass die Überarbeitung des Regelungsumfelds oder Effizienzsteigerungen in der Verwaltung neben einer ehrgeizigen Außenhandelsagenda kosteneffiziente Maßnahmen sein könnten, die zusammen mit anderen Strukturreformen wie Arbeitsmarkt- oder Steuerreformen die Grundlage für ein kräftiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Zukunft bilden können.
8. **Unternehmergeist** ist ebenfalls ein bedeutender Faktor, der Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen antreibt, doch sind die Voraussetzungen dafür, Unternehmer und Unternehmergeist entstehen zu lassen und zu fördern, in Europa nicht immer die besten. In Europa zieht nur etwas mehr als ein Drittel (37 %) der Arbeitnehmer die Selbständigkeit vor – in den USA und in China sind es über 50 %. In dem unlängst veröffentlichten **Aktionsplan Unternehmertum** wird ein Konzept für Maßnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten zur Freisetzung des unternehmerischen Potenzials durch Beseitigung bestehender Hindernisse und Hürden und das proaktive Erschaffen einer Kultur des Unternehmertums in Europa dargestellt. In dem Plan wird dazu aufgerufen, in die Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung von Unternehmern zu investieren, die Dauer der Durchführung von Insolvenzverfahren zu verkürzen, in stärkerem Maße in unternehmerische Bildung zu investieren und den unter den Unternehmern allzu schwach vertretenen Gruppen Unterstützung zukommen zu lassen.

Industrielle Leistungsfähigkeit

9. Die industrielle Leistungsfähigkeit ist seit dem Vertrag von Lissabon eines der erklärten Ziele der europäischen Integration. Ein koordinierter Ansatz auf europäischer Ebene ist daher von entscheidender Bedeutung. Eine höhere industrielle Leistungsfähigkeit kann auch eine starke Treibkraft für Wachstum und Beschäftigung sein und in diesem Sinne dazu beitragen, alle der miteinander verknüpften Ziele der Strategie Europa 2020 auf EU-Ebene zu erreichen. Die im Rahmen von "Europa 2020" vorgeschlagenen Kernelemente sind Wachstum auf der Grundlage von Wissen und Innovation, eine inklusive Gesellschaft mit einem hohen Grad an Beschäftigung sowie eine umweltfreundlichere und ressourceneffizientere Wirtschaft.
10. Der **Bericht über den Index der industriellen Leistungsfähigkeit 2012: *Wettbewerbsfähigkeit und Politik der Mitgliedstaaten*** enthält im Wesentlichen eine Reihe von Indikatoren zum Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit unter den Stichworten a) innovative Industriepolitik, b) nachhaltige Industrie, c) Unternehmensumfeld und Unternehmertum, d) Dienstleistungssektor und e) öffentliche Verwaltung. Insgesamt geht aus dem Bericht hervor, dass die Mitgliedstaaten Reformen unternommen haben, um die Geschäftsaussichten zu verbessern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Insbesondere geht aus dem Bericht hervor, dass sich die Innovationsleistung insgesamt verbessert hat, die Innovationskluft zwischen den Mitgliedstaaten infolge ihrer unterschiedlichen Reaktionen auf die Wirtschaftskrise jedoch größer zu werden droht. In dem Bericht wird festgestellt, dass in netzgebundenen Wirtschaftszweigen (Energie, Telekommunikation und Verkehr) im Hinblick auf die Förderung privater Forschung und einen stärkeren Wettbewerb noch beträchtliche Herausforderungen bestehen und dass die Krise in den meisten Mitgliedstaaten insbesondere für KMU den Zugang zu Finanzmitteln erschwert hat.

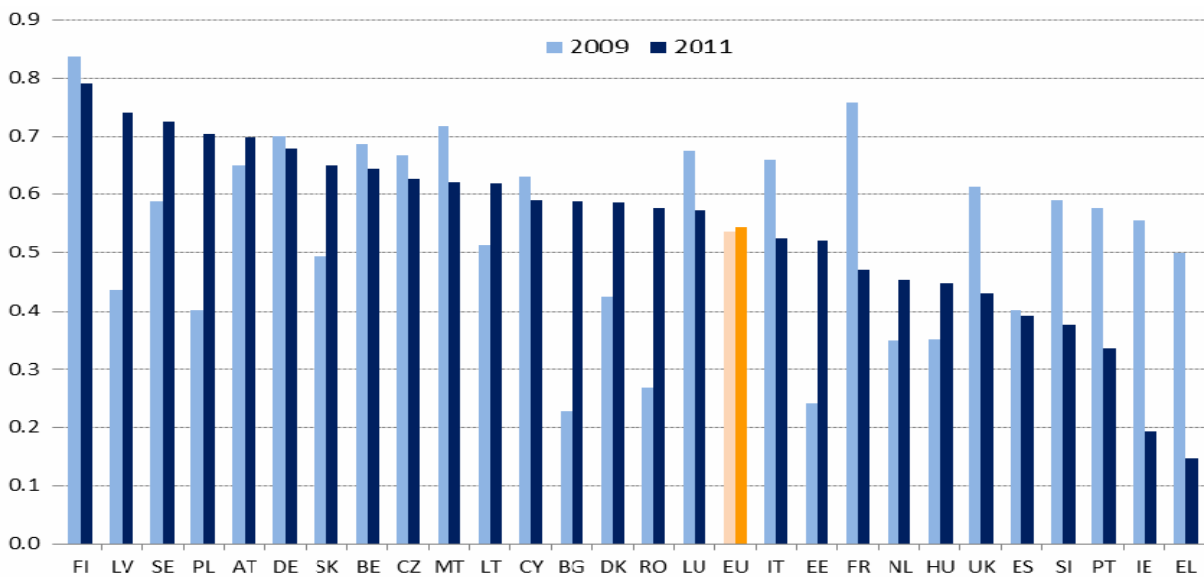
TEIL 2: Die Herausforderungen einer besseren Politikgestaltung, struktureller Reformen und einer Steigerung der Produktivität der Industrie und des Dienstleistungssektors in Europa

KONTEXT

11. Es liegt auf der Hand, dass wir angesichts der wachsenden Wirtschaftsmacht der BRIC-Länder ohne eine starke und innovative EU in neuen Wirtschaftszweigen und Technologien nicht wettbewerbsfähig sein können. Im Kern wird sich das Wachstum zum großen Teil aus denselben Elementen speisen, die bereits genannt wurden, als die Ziele der Lissabon-Strategie erstmals formuliert wurden, nämlich höhere Produktivität und höherer Mehrwert durch Innovation, Forschung und Bildung bzw. die Verbesserung der Kompetenzen der Arbeitnehmer, Flexibilität und Reformen des Arbeitsmarktes, Stärkung und Vertiefung des Binnenmarkts, mehr Finanzmittel der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und mehr Ressourcen für Investitionen in Infrastrukturen zur physischen und digitalen Verknüpfung Europas. Finanzierungsmechanismen der EU wie die Fazilität "Connecting Europe" werden bei der Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts (Breitband-Netze der nächsten Generation usw.), der Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen und dem Energiebinnenmarkt eine außerordentlich wichtige Rolle spielen. Die Hebelwirkung von Investitionen aus dem Privatsektor könnte die Wirkung der EU-Mechanismen beträchtlich vervielfachen.

Um dies zu unterstützen, braucht es echte und anhaltende Strukturreformen in den Mitgliedstaaten. Insbesondere Strukturreformen, die es erleichtern, Steuern zu erheben, Bürokratie abzubauen und die produktive Beschäftigung durch die Unterstützung von Unternehmensgründungen zu erhöhen, Bildungsreformen und mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt, leichtere Durchlässigkeit der Dienstleistungsmärkte, größere Mobilität und leichteren Zugang zu reglementierten Berufen sowie die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission als Teil des EU-Semesters werden im kommenden Mai veröffentlicht und zusätzliche Anstöße geben.

12. Zu einer normalen Kreditvergabe an die Realwirtschaft zurückzukehren, bleibt eine der obersten Prioritäten; Ziel der Bemühungen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten ist es hier, den beschränkten oder kostspieligen Zugang zu Finanzmitteln anzugehen und alternative Finanzierungsquellen für Unternehmen zu fördern, ebenso wie die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften und Programme auf nationaler und regionaler Ebene und die Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital. Der nachstehende Index zur Kreditvergabe der Banken an KMU lässt in einigen Mitgliedstaaten (namentlich im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Slowenien, Portugal, Irland und Griechenland) beträchtliche Verschlechterungen beim Zugang von KMU zu Finanzmitteln erkennen.



Quelle: Studie der EZB/Europäischen Kommission über Finanzmittel für KMU; Berechnungen der Kommission

13. Im Hinblick darauf, das Wachstumspotenzial von Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu steigern, erfordern die nachstehenden Politikbereiche besondere Aufmerksamkeit:

Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung zum Schutz produktiver öffentlicher Investitionen

14. In Situationen, in denen wenig Spielraum bleibt, das Wachstum durch makroökonomische Maßnahmen zu steigern, ist entscheidend, in den Bemühungen um **Strukturreformen** nicht nachzulassen. Ebenso wichtig ist es, an langfristig orientierten wachstumssteigernden Maßnahmen festzuhalten, die die Produktivität der Industrie und des Dienstleistungssektors in Europa und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft steigern. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass sich die laufende Haushaltskonsolidierung möglicherweise nachteilig auf wachstumsfreundliche Ausgaben auswirkt.

15. Daher ist es wichtig, die politischen Empfehlungen zur Ausgabenseite der Haushaltskonsolidierungsbestrebungen zu präzisieren, damit produktive öffentliche Ausgaben und Investitionen geschützt werden. In Branchen, die die Produktivität erhöhen, sind Investitionen erforderlich. Dazu müssen die im Rahmen der aktualisierten Industriepolitik der EU ermittelten prioritären Bereiche ins Auge gefasst werden, um Investitionen in neue Technologien und Innovation und Humankapital zu erleichtern. Andererseits müssen entsprechende Empfehlungen angesichts der unterschiedlichen industriellen Strukturen der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung gemeinsamer Muster bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der Infrastrukturausstattung und dem Grad an Innovationsfähigkeit differenziert werden.

Außennachfrage, ausländische Direktinvestitionen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit als Quellen von Wachstum und Beschäftigung

16. Aufgrund der laufenden Haushaltssanierungen ist der Beitrag der öffentlichen Inlandsnachfrage zum BIP-Wachstum in den meisten EU-Mitgliedstaaten tendenziell negativ. Politischen Maßnahmen zur Stärkung der Inlandsnachfrage (sowohl der Konsumausgaben der privaten Haushalte als auch der privaten Investitionen) sind in einigen Mitgliedstaaten durch eine hohe Verschuldung der Haushalte Grenzen gesetzt, können in anderen Mitgliedstaaten jedoch einen bedeutenden Wachstumsbeitrag leisten. **Die Außennachfrage wird durch ein geringeres Wachstum in den USA und in den Volkswirtschaften der BRIC-Länder eingeschränkt werden, bleibt jedoch** eines der wenigen Mittel zur Förderung des Wachstums, bei dem nicht die knappen öffentlichen Finanzen in Anspruch genommen werden. Die EU ist nach wie vor der weltgrößte Exporteur von Waren und Dienstleistungen und es ist ihr alles in allem gelungen, trotz des Aufstiegs Chinas einen Anteil von 20 % an den weltweiten Ausfuhren (Energie ausgenommen) zu halten. Zahlreiche Mitgliedstaaten haben Förderungsregelungen eingeführt oder Pläne zur Förderung der Internationalisierung umgesetzt. Jüngsten Studien zufolge exportieren bzw. exportierten 25 % der KMU in der EU während der letzten drei Jahre.

17. Die meisten Exporte gingen jedoch in Länder innerhalb der EU und nur 13 % der KMU exportieren in Märkte außerhalb der EU. Sollten sich die Erwartungen erfüllen, dass bis zum Jahr 2015 90 % des Wirtschaftswachstums außerhalb der EU zu verzeichnen sein werden, so ist es für uns zwingend notwendig, die Auswirkungen für die Bürger, Arbeitnehmer und Unternehmen in der EU in den Griff zu bekommen.

Durch Ausweitung der Wachstumsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen auf den Weltmärkten können wir auch die Regionen und die Nachbarländer der Union an den Vorteilen des Handels teilhaben lassen. Die europäische Industrie benötigt kurz gesagt mehr Marktchancen im Binnenmarkt wie auch auf den Weltmärkten, wenn wir das Ziel erreichen wollen, dass bis 2020 20 % des BIP der EU auf die Industrie entfällt (derzeit sind es etwa 16 % des BIP der EU).

18. Insgesamt gesehen können einige Mitgliedstaaten bessere Leistungen vorweisen als andere. Einige Mitgliedstaaten sind erfolgreiche globale Exporteure von Fertigerzeugnissen, andere sind eher auf den Handel innerhalb der EU spezialisiert, während wieder andere sich durch Volkswirtschaften auszeichnen, die vor allem auf Dienstleistungen ausgerichtet sind. Preiswettbewerbsfähigkeit und kontinuierliche industrielle Umstrukturierung tragen dazu bei, die Exporte der aufholenden Mitgliedstaaten anzukurbeln. Reife Volkswirtschaften ziehen tendenziell Nutzen aus der technologischen Wettbewerbsfähigkeit und aus strukturellen Verschiebungen hin zu wissensintensiven Sektoren.
19. Neben diesen strukturellen Faktoren erleichtern zahlreiche Mitgliedstaaten die Exporttätigkeiten und haben für ihre KMU verschiedene **Aktivitäten zur Unternehmens- und Handelsförderung** auf Märkten außerhalb der EU vorgesehen; dies geschieht beispielsweise über die Handelskammern, die Wirtschaftsverbände sowie auch über die Botschaften. Neben der Unternehmensförderung verfügen die meisten Mitgliedstaaten zudem über spezifische Regelungen zur Erleichterung des internationalen Handels durch Ausfuhrkredite, Bürgschaften und Versicherungen.
20. Eine erfolgreiche und langfristige Internationalisierung der KMU wird von der Fähigkeit der Unternehmen abhängen, innovative Produkte und Dienstleistungen in einem sich kontinuierlich wandelnden Umfeld anzubieten. Investitionen in Innovation sowie Forschung und Entwicklung sind daher wichtige Eckpfeiler für die Absicherung zukünftiger Verkäufe ins Ausland. Schlüsselemente für eine erfolgreiche Internationalisierung von KMU sind Managemententwicklungsprogramme, die sich auf strategische Führungsfähigkeiten sowie Kompetenzen in den Bereichen Wachstumsmanagement und internationaler Vertrieb konzentrieren, damit die Unternehmen mit den zur Ausschöpfung ihres Verkaufspotenzials auf den globalen Märkten erforderlichen Werkzeugen ausgestattet werden. Die Finanzierung von Programmen dieser Art über die nationalen Haushalte und den EU-Haushalt sollte in Betracht gezogen werden. Zudem müssen wir natürlich auch der Verfügbarkeit und Förderung von Kompetenzen in den Bereichen IKT, Wissenschaft und Technik Beachtung schenken.

21. Die Organisationen des Enterprise Europe Network helfen den Unternehmen dabei, neue Technologien zu erschließen und Partner im Ausland zu finden. Dazu zählen Industrie- und Handelskammern, Technologiezentren, Universitäten und Entwicklungsagenturen. Sie bilden einen Zugangskanal für die *"Initiative für Wachstumsmissionen"* der Europäischen Kommission, die auf bestimmte Sektoren ausgerichtet ist und in deren Rahmen Kontaktveranstaltungen mit lokalen Unternehmern organisiert werden; auch wird für eine Teilnahme an größeren Veranstaltungen gesorgt, die in den besuchten Ländern stattfinden.

22. In Erwartung einer Zunahme der Inlandsinvestitionen und einer Steigerung des BIP besteht ein wichtiges Instrument zur Stimulierung von Wachstum, Beschäftigung und Exportleistungen in der Schaffung von Anreizen für **ausländische Direktinvestitionen**. Neben positiven Auswirkungen auf die Exporte und die Produktivität bieten sie oftmals neue Gelegenheiten zur Erweiterung der Wissensbasis und erleichtern zudem die industrielle Umstrukturierung. Die Aufgeschlossenheit gegenüber ausländischen Direktinvestitionen und die Fähigkeit, die entsprechenden Anreize zu schaffen, ist EU-weit jedoch äußerst unterschiedlich, obwohl sich hierdurch eine bedeutende potenzielle Wachstumsquelle bietet.

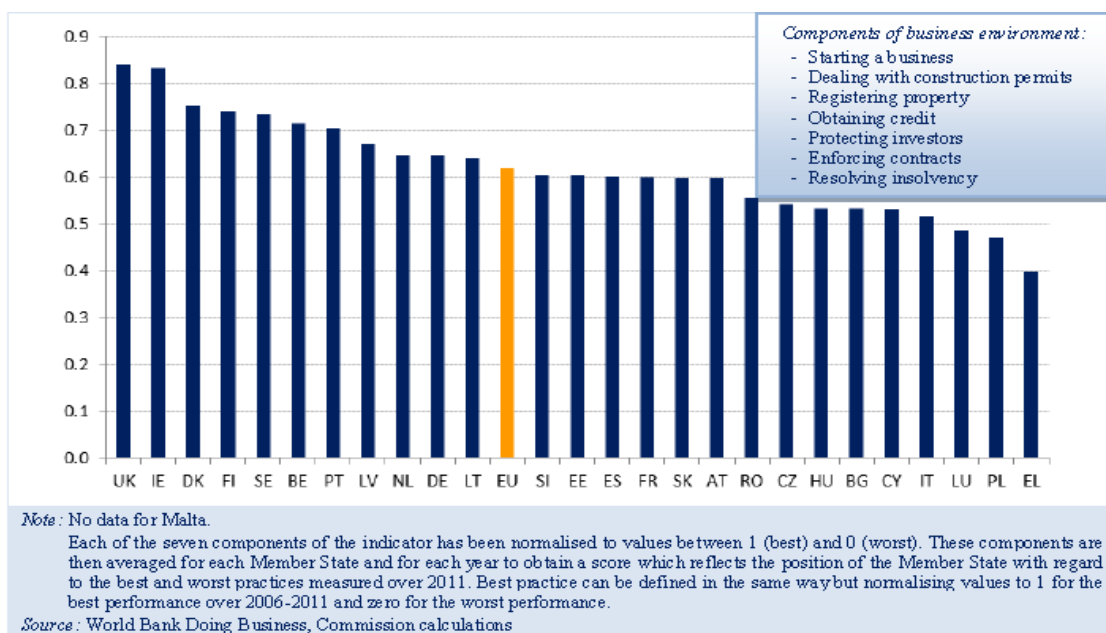
Die Positionierung und die Leistung der EU-Unternehmen in den weltweiten Wertschöpfungsketten werden als Richtschnur für politische Entscheidungen ebenso wichtig sein wie die traditionellen Maßnahmen, die sich auf die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen stützen.

Eine proaktive Industriepolitik schließt auch die Förderung ausländischer Direktinvestitionen ein; für die EU ist es von allergrößter Wichtigkeit, dass Investitionen besser auf F&E und auf Prozess- und Vermarktungsinnovation ausgerichtet sind, sowie auch, dass Hemmnisse für die Internationalisierung der KMU abgebaut werden und ihre Beteiligung und optimale Positionierung in den weltweiten Wertschöpfungsketten gefördert werden.

23. Die Globalisierung führt auch zu Veränderungen, was die Kooperationsformen zwischen Unternehmen anbelangt. Im **Bericht über die Europäische Wettbewerbsfähigkeit 2012** wird auf die zunehmend wichtige Rolle der **globalen Wertschöpfungsketten** für die EU-Industrie hingewiesen, ein Aspekt, der auch in der EU-Leitinitiative mit dem Titel **"Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung"** hervorgehoben wird, in der es heißt: *"Die EU sollte den Aspekt der Wertschöpfungskette im Verarbeitenden Gewerbe in stärkerem Maße berücksichtigen. ... die Industrie [ist] in zunehmendem Maße auf Rohstoffe und Zwischenerzeugnisse, sowie in hohem Maße auf den Sektor der Unternehmensdienstleistungen angewiesen, die einen Mehrwert schaffen und bei dem Entwurf und der Vermarktung neuer Waren und Dienstleistungen Unterstützung leisten."* Diese neue Perspektive erfordert einen unterschiedlichen Ansatz für die Industriepolitik, bei dem die Querverbindungen in stärkerem Maße berücksichtigt werden, und eine schwerpunktmäßige Förderung der Bildung von Netzwerken, die den Technologietransfer zwischen inländischen Unternehmen und multinationalen Unternehmen aus dem Ausland erleichtern. Cluster und Netzwerke bieten zusätzlichen Nutzen durch gegenseitige Ausstrahlungseffekte zwischen Unternehmen. Durch Netzwerke können die EU-Unternehmen, insbesondere die KMU, eine kritische Masse erreichen, Informationen austauschen und ihre industrielle Tragweite ausbauen.
24. Zusammengefasst lautet das Grundprinzip für die Schaffung von Unternehmensnetzwerken/-clustern wie folgt:
- Die Globalisierung verändert die Kooperationsformen zwischen Unternehmen und es entstehen neue Formen von Innovationsprozessen
 - Veränderungen im organisatorischen Aufbau (zwischen Hierarchie und Märkten) führen zu weniger unausgewogenen Informationen und schaffen Synergien und Skaleneffekte
 - Unternehmensnetzwerke: mit geografischer Konzentration (Cluster) oder ohne bieten flexible Kooperationslösungen, insbesondere für KMU.

Modernisierung der öffentlichen Verwaltung im Sinne eines positiven und stärkeren Unternehmensumfelds

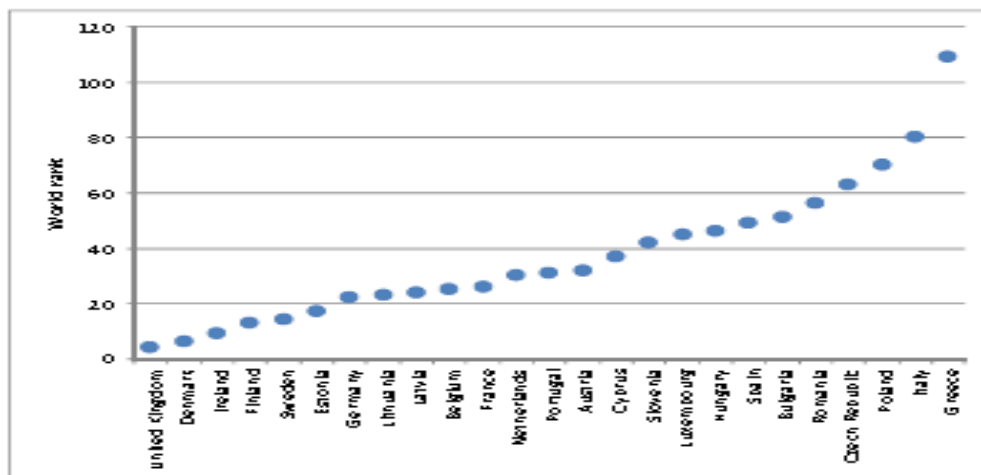
25. Einer der fünf Prioritäten des Jahreswachstumsberichts 2013 zufolge sollten sich die Anstrengungen auf nationaler Ebene und auf EU-Ebene auf eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung konzentrieren. Die Qualität der öffentlichen Einrichtungen wurde als entscheidender Faktor eines unternehmensfreundlichen Umfelds und als wichtiger Produktivitätsfaktor bezeichnet. Effizienz und Wirksamkeit der Verwaltung können aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden, beispielsweise elektronische Behördendienste, bessere Regulierung, Aufwand der Einhaltung von Verwaltungs- und Steuervorschriften, Transparenz im öffentlichen Auftragswesen und Korruptionsbekämpfung oder Durchsetzung vertraglicher Vereinbarung und Effizienz der Zivilgerichtsbarkeit. Im Jahreswachstumsbericht wird angemerkt, dass eine Reihe von Reformen durchgeführt wurden, um die Wirksamkeit und Transparenz der öffentlichen Verwaltung zu verbessern, unter anderem im Justizwesen und bei den staatseigenen Unternehmen. Auch eine allgemeinere und umfassendere Verfügbarkeit von elektronischen Behördendiensten oder weniger Zahlungsverzug können weitere positive Auswirkungen auf die Unternehmen haben.
26. Die nachfolgende Grafik zeigt die verschiedenen Niveaus des Unternehmensumfelds bzw. der Unternehmensinfrastruktur in der ganzen Union. Die Grafik stützt sich auf Indikatoren wie Gründung eines Unternehmens, Eigentumsregistrierung, Schutz der Investoren, Umgang mit Insolvenzen, Beschaffung von Krediten und Durchsetzung von Verträgen.



27. Laut Jahreswachstumsbericht (makro-ökonomischer Teil) zeigt sich, dass sich komplizierte Verwaltungsabläufe oder bürokratische Hemmnisse sehr negativ auf den Grad des Unternehmertums, der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit sowie den Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen auswirken, was bei der Bekämpfung von Ungleichgewichten eine bedeutende Rolle spielen könnte. Zudem gelangt der Bericht zu dem Schluss, dass ein übermäßiger Verwaltungsaufwand tendenziell die sogenannte Schatten- oder Parallelwirtschaft stimuliert.
28. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung würde daher sowohl zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen als auch zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsaussichten beitragen. Laut Jahreswachstumsbericht würden insbesondere Justizreformen, die Lösung von Insolvenzproblemen, die mit der Gründung und dem Betreiben eines Unternehmens verbundenen Risiken und Unwägbarkeiten mindern, zu Investitionen führen sowie zum Abbau von Transaktionskosten und zur Steigerung des Wettbewerbs beitragen. Einige Mitgliedstaaten haben Maßnahmen für einen straffer organisierten und effizienteren öffentlichen Dienst verabschiedet oder sind dabei, dies zu tun. Zu den zentralen Reformbereichen zählen das Justizwesen sowie der verstärkte Einsatz elektronischer Behördendienste und elektronischer Verfahren im öffentlichen Beschaffungswesen.

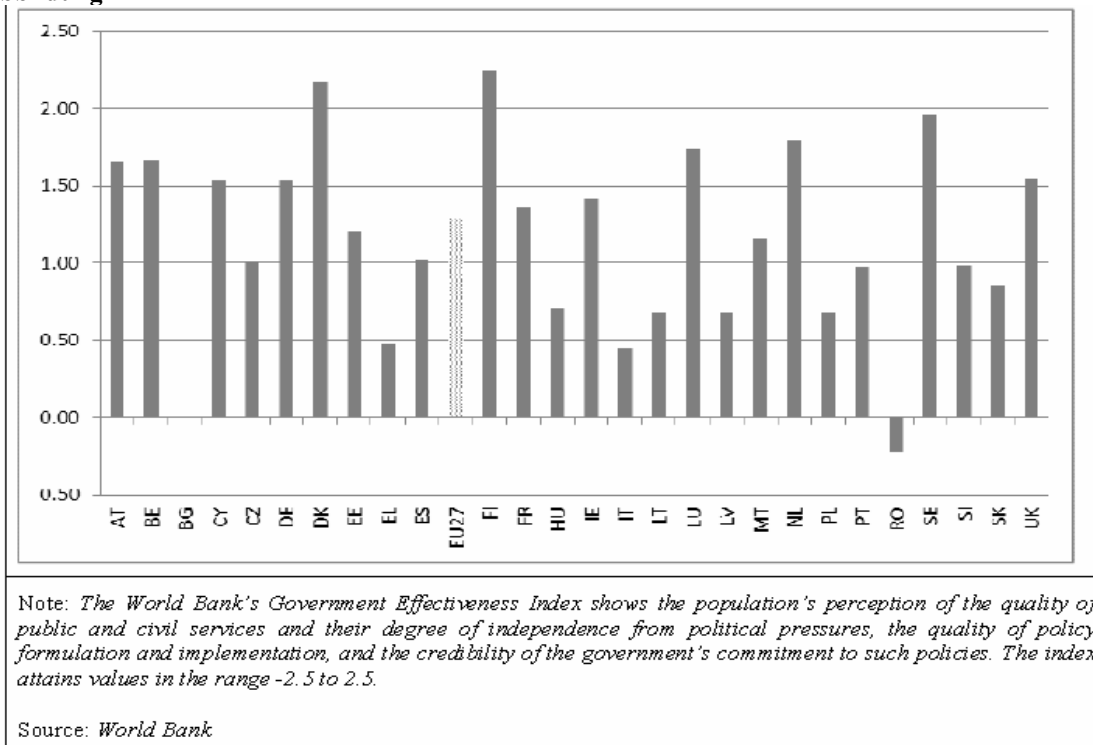
29. **Abbildung 1** zeigt eine Rangliste der Unternehmensfreundlichkeit des Umfelds in den Mitgliedstaaten und verdeutlicht erneut die großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Es ist ein direkter Zusammenhang mit den Ergebnissen in **Abbildung 2** festzustellen; hier wird gezeigt, wie die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten über die Qualität der öffentlichen und privaten Dienstleistungen und das Maß an Unabhängigkeit von politischem Druck, die Qualität der politischen Entscheidungsfindung und -umsetzung, und über die Glaubwürdigkeit des Eintretens der jeweiligen Regierung für eine solche Politik denkt.

Abbildung 1



Source: World Bank, Ease of Doing Business database.

Abbildung 2



30. Im Laufe der Jahre haben viele Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen, um die Effizienz, die Transparenz und die Qualität der Dienstleistungen ihrer öffentlichen Verwaltung und Justiz zu verbessern. In Ländern, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, wurden besonders weitreichende Reformen durchgeführt. Dazu zählen der Umbau von lokalen und zentralen Verwaltungen, Einsparungen bei den Gehältern im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung staatseigener Unternehmen, die Reform des öffentlichen Beschaffungswesens, regelmäßige umfassende Ausgabenprüfungen und die Förderung von effizienzsteigernden Maßnahmen im gesamten öffentlichen Sektor, wie der verstärkte Rückgriff auf gemeinsam genutzte zuarbeitende Dienste und IT-Lösungen. Mehrfach haben Mitgliedstaaten und Kommission dabei durch die Bereitstellung oder den Austausch von technischer Hilfe zusammengearbeitet.

TEIL 3: Integration des Binnenmarktes als Triebkraft für internationalen Handel, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung

KONTEXT

31. Mit dem im Juni 2012 vereinbarten **Pakt für Wachstum und Beschäftigung** hat der Europäische Rat seine Arbeitsschwerpunkte auf die Themen Konjunkturbelebung, nachhaltiges Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeweitet. Diese Agenda für Wachstum und Beschäftigung erfordert die Beseitigung von Hindernissen für die Wettbewerbsfähigkeit und eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Arbeitmarktschutzes. Eine der wichtigsten Triebkräfte hierfür ist der Ausbau / die Vollendung des **Binnenmarktes**. Eine kürzlich vorgenommene erste Bewertung der Folgen der Dienstleistungsrichtlinie und Abbaus von Hindernissen zeigt, dass die von EU-Maßnahmen ausgehende Wirkung auf das BIP zwischen 0,3 und 1,5 % liegen könnte. Die geschätzte Steigerung von Handel und ausländischen Direktinvestitionen (ADI) könnte mit etwa 7 % bzw. etwa 4 % zu veranschlagen sein. Zusätzliche Steigerungen könnten durch die weitere Vereinfachung der geltenden Anforderungen, den weiteren Abbau von Hindernissen und durch Nutzung des Verbesserungspotenzials bei den einheitlichen Ansprechpartnern erzielt werden.
32. Die Exporteure sind sowohl in den Binnenmarkt als auch in die globalen Wertschöpfungsketten, die das Ergebnis der Globalisierung und der Vorteile der weltweiten Handelsliberalisierung sind, eng eingebunden. Global kommt der EU nach wie vor eine enorme Bedeutung beim internationalen Handel und bei internationalen Investitionen zu. Sie ist weltweit noch immer der größte Exporteur und Importeur sowie größte Quelle und größter Empfänger von ausländischen Direktinvestitionen. Sollten sich die Prognosen bewahrheiten und bis 2015 tatsächlich 90 % des Wirtschaftswachstums außerhalb der EU zu verzeichnen sein, so ist es unsere unumgängliche Pflicht, dafür zu sorgen, dass die von diesem Wachstum ausgehende Wirkung auch den Bürgern, Arbeitnehmern und Unternehmen der EU zugute kommt.

33. Wir haben ein starkes Interesse daran, dass die EU ihre beherrschende Stellung im internationalen Handel und bei den internationalen Investitionen bewahrt. Die Beseitigung von Handelshemmnissen wird dazu beitragen, dass mehr KMU exportieren können und dass ihre Internationalisierung beschleunigt wird. Nur 13 % der KMU exportieren in Drittländer. Werden für kleine und mittlere Unternehmen verstärkt Möglichkeiten geschaffen, in die globalen Märkte hineinzuwachsen, so schlägt sich der durch den Handel entstehende Nutzen auch in den Regionen der EU nieder. Die Europäische Union ist sowohl intern als auch extern ein **wichtiger Akteur auf dem Gebiet der ausländischen Direktinvestitionen**. Hierdurch wird sowohl das Potenzial des Binnenmarkts als auch die Fähigkeit von EU-Unternehmen verdeutlicht, sich auf den EU-Märkten und den Märkten außerhalb der EU erfolgreich dem Wettbewerb zu stellen.
34. Es ist besonders wichtig, das Potenzial des Binnenmarktes weiter zur Entfaltung zu bringen und hierdurch die Transaktionskosten für die KMU zu senken, da die Folgen einer Fragmentierung des Binnenmarktes am stärksten im KMU-Sektor spürbar werden. Europas interne Errungenschaften müssen dadurch gefestigt werden, dass für die Handelspolitik auf bilateraler und auch auf multilateraler Ebene ehrgeizige Ziele festgelegt werden. Europa muss zudem in seinen Handelsbeziehungen offen und flexibel bleiben. Den Impulsen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, die für die EU von den **globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten** ihrer Unternehmen ausgehen können, kann in der allgemeinen Wachstumsagenda der EU eine wichtige Rolle zukommen.
35. Der Europäische Rat hat die Fortschritte bei der Binnenmarktgesetzgebung aufmerksam verfolgt. Wiederholt wurden Bedenken dahingehend geäußert, dass auf EU-Ebene insbesondere im Bereich des Binnenmarktes nicht genug für die Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung getan werde. In seinen Schlussfolgerungen vom Dezember 2012 hat der Europäische Rat den Rat und das Parlament dazu aufgerufen, die noch offenen Dossiers der **Binnenmarktakte I** vordringlich abzuschließen, und zwar insbesondere die **Dossiers über die Berufsqualifikationen, das öffentliche Beschaffungswesen, die Entsendung von Arbeitnehmern sowie die elektronische Signatur**. Zudem forderte er die Kommission auf, alle zentralen Vorschläge zur **Binnenmarktakte II** bis zum Frühjahr vorzulegen, und ersuchte den Rat und das Parlament, diesen Vorschlägen die höchste Priorität einzuräumen.

Prioritäten der Binnenmarktpolitik

36. Diese politischen Prioritäten fließen in den Jahreswachstumsbericht und die Prioritäten ein, die in diesem Bericht für die nationalen Reformen der Mitgliedstaaten festgelegt werden. In ihrem ersten für dieses Jahr vorgelegten Jahresbericht hat die Kommission den Schwerpunkt bei der Bewertung und Ermittlung der politischen Prioritäten auf die **Dienstleistungsmärkte**, die Energie- und Verkehrsmärkte sowie auf die digitalen Märkte gelegt. Der Bericht schließt außerdem an ihre Mitteilung vom Juni 2012 mit dem Titel "Bessere **Governance für den Binnenmarkt**" an und befasst sich mit der Umsetzung und Durchführung der Vorschriften in diesem Bereich.

Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die politischen Prioritäten

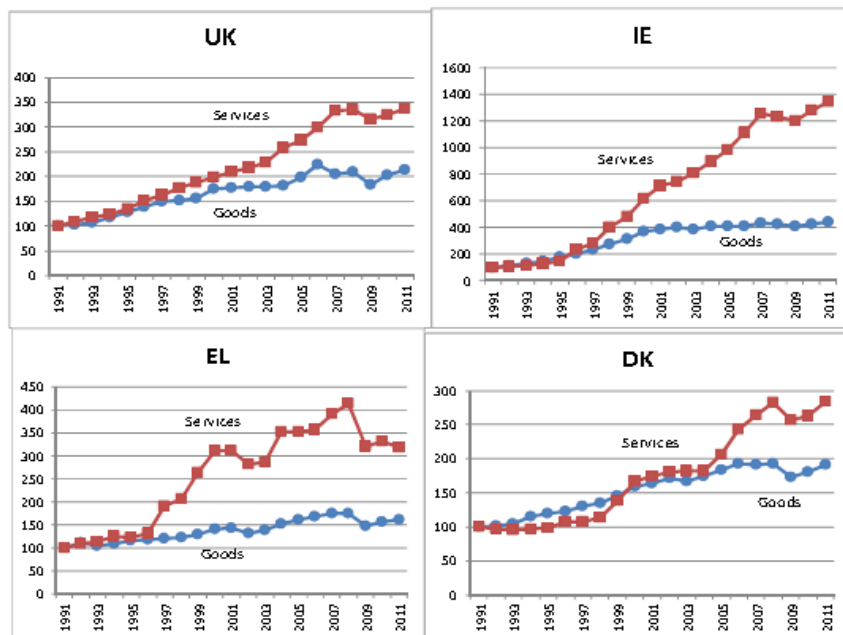
37. In dem Bericht über den Stand der Integration des Binnenmarktes werden die nachstehenden politischen Prioritäten aufgezeigt, die in den Zuständigkeitsbereich des Rates (Wettbewerb) fallen²:

Dienstleistungen:

38. Sechs Jahre, nachdem die Europäische Dienstleistungsrichtlinie vereinbart wurde, werden 71 % des gesamten BIP der EU durch Dienstleistungen erwirtschaftet, jedoch gehen nur 3,2 % davon auf den Handel innerhalb der EU zurück. Zur Beseitigung ungerechtfertigter Beschränkungen und zur Stärkung des Wettbewerbs an den Güter- und Dienstleistungsmärkten, u. a. in den Bereichen Einzelhandel, stark reglementierte Berufsgruppen, Baugewerbe, Tourismus und Dienstleistungen für Unternehmen sowie netzgebundene Wirtschaftszweige, sind weitere Maßnahmen vonnöten. Trotz der Vorschriften zur Erleichterung des freien Dienstleistungsverkehrs sind viele Unternehmen noch immer mit übermäßigem Verwaltungsaufwand konfrontiert. Zuweilen kommt es aufgrund einzelstaatlicher Vorschriften noch immer zu Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnorts oder werden Dienstleistungserbringer aus anderen EU-Ländern mit der Scheinbegründung an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert, dass es bereits eine ausreichende Zahl inländischer Anbieter gebe und keine "wirtschaftliche Notwendigkeit" für neue Anbieter bestehe. Derartige Hemmnisse schädigen die Wirtschaft der EU, schränken die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher ein und führen letztendlich zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. In dieser Hinsicht wird die Dienstleistungsrichtlinie als Grundstein der Integration des Binnenmarktes im Dienstleistungsbereich angesehen.

² Die politischen Prioritäten für die Energie- und Verkehrsmärkte fallen in die Zuständigkeitsbereiche anderer Ratsformationen.

Am Beispiel einiger Mitgliedstaaten, so insbesondere am Beispiel des Vereinigten Königreichs, Griechenlands, Irlands und Dänemarks, lässt sich die wachsende Bedeutung aufzeigen, die Dienstleistungen im internationaler Handel sowie in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Bauwesen, Verkehrswesen, Umweltdienstleistungen usw. zukommt.



Source: AMECO database, Commission services.

Die Mitgliedstaaten sollten sich auf folgende zentrale Prioritäten konzentrieren:

- Gewährleistung der vollständigen Konformität ihrer Rechtsvorschriften mit der Dienstleistungsrichtlinie, insbesondere mit allen darin enthaltenen eindeutigen Verpflichtungen und Grundprinzipien,
- Verfolgung eines ambitionierteren Ansatzes bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie durch
 - Überprüfung der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der nach wie vor bestehenden Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der Festlegung von Gebührenordnungen für bestimmte Berufe und Beschränkungen für Unternehmens- und Beteiligungsstrukturen;
 - systematische Überprüfung der Rechtsvorschriften zur Anwendung der Klausel über die Dienstleistungsfreiheit in Schlüsselsektoren wie Baugewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen und Tourismus.

Die mit Unterstützung der Kommission kürzlich abgeschlossenen und noch laufenden Peer Reviews (in Clustern) sollten als Katalysator dafür dienen, noch bestehende unnötige, ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Beschränkungen aufzuheben.

- Beurteilung, inwieweit die Anforderungen gerechtfertigt sind, durch die der Zugang zu **reglementierten Berufen** und deren Ausübung beschränkt werden, einschließlich der Rolle von Berufsverbänden, und Beseitigung oder Lockerung dieser Anforderungen, soweit sie ungerechtfertigt sind. Entsprechende Bewertungen sollten auch eine Überprüfung der Kriterien für die Einführung weiterer reglementierter Berufe umfassen.
- Stärkung des Wettbewerbs im Einzelhandel durch Abbau von Hemmnissen und operativen Beschränkungen. Insbesondere sollten unberechtigte **wirtschaftliche Bedarfsprüfungen** grundsätzlich abgeschafft werden.
- Weiterentwicklung der **einheitlichen Ansprechpartner** zu echten eGovernment-Instrumenten, mit denen angemessen auf die Bedürfnisse von Dienstleistungserbringern und -empfängern reagiert werden kann. Mit Blick auf eine höhere Benutzerfreundlichkeit sollte das Ziel vor allem darin bestehen, dass die einheitlichen Ansprechpartner alle Verfahren im Laufe des Lebenszyklus eines Unternehmens abdecken und mehrsprachig arbeiten.
- Frühestmögliche Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie (Umsetzungsfrist für die Mitgliedstaaten: 16. März 2013).

Digitale Märkte:

39. Europa verfügt noch immer nicht über einen digitalen Binnenmarkt. Die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes bietet ein enormes Potenzial für eine Änderung der Wirtschaftslage; als Beispiel sei der zusätzliche Nutzen angeführt, der KMU und Regierungen durch die mit Cloud-Computing einhergehenden Kostensenkungen entsteht. Die Agenda für den digitalen Binnenmarkt kann auch zusätzlichen Nutzen in Bezug auf das Wohlergehen der Gesellschaft und das Leben der Menschen, z.B. in den Bereichen Bildung und lebensbegleitendes Lernen, sowie in Bezug auf elektronische Gesundheitsdienste im Kontext der Überalterung der Bevölkerung in der EU, bewirken, sofern Maßnahmen ergriffen werden, durch die das Vertrauen der Verbraucher und Bürger in die Nutzung von IKT/Breitband/Online-Einkauf usw. gesteigert und gewahrt und für ein ausreichend hohes Schutzniveau gesorgt wird.
40. Dies erfordert auch Maßnahmen auf EU-Ebene, wo ein gut und auf optimalem Niveau funktionierender Binnenmarkt sowohl das Wachstumspotenzial erhöhen als auch zum Abbau von Ungleichgewichten in der EU beitragen kann. Damit das Potenzial des Binnenmarkts voll ausgeschöpft werden kann, sind weitreichende Verbesserungen erforderlich, die sowohl durch verstärkte Reformanstrengungen auf einzelstaatlicher Ebene (durch die Umsetzung der in den Binnenmarktakten I und II dargelegten Maßnahmen zur Wachstumsförderung und zur wirtschaftlichen und sozialen Integration) als auch durch eine energischere Durchsetzung verwirklicht werden müssen.

Die Mitgliedstaaten sollten sich auf folgende zentrale Prioritäten konzentrieren³:

- Sicherstellung der korrekten Anwendung der Richtlinie zum elektronischen Geschäftsverkehr. Die Anwendung harmonisierter Regeln in Fragen wie Transparenz, Informationspflichten und elektronische Verträge/elektronische Rechnungsstellung wird dazu beitragen, für Unternehmen ebenso wie für die Verbraucher wieder Rechtssicherheit herzustellen.
- Sicherstellung der fristgerechten und korrekten Überführung der Verbraucherschutzrichtlinie in nationales Recht (bis 13. Dezember 2013) und ihrer anschließenden Durchführung, um den Verbraucherschutz zu verbessern und so die Zuversicht und das Vertrauen in elektronische Vertriebswege zu stärken.
- Erhöhung der Online-Verfügbarkeit nutzerfreundlicher öffentlicher Dienste, auch dadurch, dass die elektronische Vergabe öffentlicher Aufträge (eProcurement) interoperabel und zur Pflicht gemacht wird.

Durchsetzung des Binnenmarktes in Schlüsselsektoren

41. In der Anlage zum Bericht über den Stand der Integration des Binnenmarktes ist eine Tabelle enthalten, die einen Überblick über die Umsetzung und Durchführung ausgewählter wichtiger Binnenmarktrichtlinien in den Mitgliedstaaten gibt. Im **ANHANG** befindet sich eine aktualisierte Fassung dieser Tabelle.

³ Der Bericht enthält noch weitere Prioritäten für die digitalen Märkte, die in die Zuständigkeitsbereiche anderer Ratsformationen fallen.

INTERNAL MARKET ENFORCEMENT TABLE IN KEY SECTORS - State of play as at 8 January 2013

The 'Better Governance for the Single Market communication' calls Member States:

- to commit to 'zero tolerance' when it comes to transposition of directives, i.e. respecting [1] a transposition deficit target and [2] a compliance deficit target of 0%
- to ensure quick compliance to allow the [3] duration of infringement procedures to be reduced to 18 months on average
- to speed up the process for complying with judgments of the Court of Justice, i.e. [4] achieving full compliance within 12 months on average

	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK	EU
SERVICES (3 directives)	[1] Number of directives not fully transposed yet	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1
	[2] Number of pending infringement cases for non-conformity	0	0	0	0	0	0	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	5
	[3] average duration of pending infringement cases		62.5	74.7		25.5		3.2	30.3	26.2		15.3		74.7		14.3	40.6	3.2	25.4	42.4	74.7			47.1	74.7			25 months
	[4] average duration since Court's judgments								50.5										13.2									2.4 months
FINANCIAL SERVICES (1 directive)	[1] Number of directives not fully transposed yet	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	[2] Number of pending infringement cases for non-conformity	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	[3] average duration of pending infringement cases																											0.0 months
	[4] average duration since Court's judgments																											0.0 months
TRANSPORT (8 directives)	[1] Number of directives not fully transposed yet	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	1	2
	[2] Number of pending infringement cases for non-conformity	1	1	1	0	1	1	1	1	1	2	1	0	1	2	1	1	0	0	1	1	1	1	1	0	0	1	23
	[3] average duration of pending infringement cases	4.5	30.0	54.4		28.0	30.0	3.2	5.7	20.5	25.1	30.0	5.7	54.4	30.5	54.4	30.0	5.7	5.7	54.4	37.0	13.4	30.0	20.5			10.5	22.5 months
	[4] average duration since Court's judgments								2.0													2.4						0.2 months
DIGITAL IM (1 directive)	[1] Number of directives not fully transposed yet	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	[2] Number of pending infringement cases for non-conformity	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
	[3] average duration of pending infringement cases							3.2			66.3																	2.6 months
	[4] average duration since Court's judgments																											0.0 months
ENERGY (4 directives)	[1] Number of directives not fully transposed yet	1	3	0	0	1	3	0	1	1	1	1	0	1	1	1	0	0	1	1	3	1	1	3	1	3	0	3
	[2] Number of pending infringement cases for non-conformity	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	[3] average duration of pending infringement cases	3.6	11.4	3.6		3.6	11.4	15.3	3.6	3.6	3.6	3.6	11.4	3.6	11.4	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6	10.1	3.6	8.9	11.1	11.4	11.4	11.4	8.5 months
	[4] average duration since Court's judgments																											0.0 months
OVERALL RANKING	5	21	16	1	8	20	26	25	14	23	7	8	13	23	11	6	3	15	19	27	12	22	18	10	4	1	16	
Legend	- The transposition deficit measures the number of directives which have not been fully transposed yet. As transposed Directives are indicated those where the MS has declared full transposition and the prima facie examination by the COM of the notified measures and other information provided by the MS has indicated that the transposition could be considered complete or where the prima facie examination by the COM has not been finalised yet.																											
Transposition deficit	0% > 0%																											
Compliance deficit	0% > 0%																											
Pending cases duration	≤ 18 months > 18 months																											
Duration since Court's judgment	≤ 12 months > 12 months																											
Not applicable																												
Ranking*	0 target missed > 3 targets missed 1-3 targets missed																											
* The overall ranking has been calculated as the average of the ranking obtained for each single indicator																												

ERAC opinion on the Annual Growth Survey 2013**1. Introduction**

Just like last year, the context of the Annual Growth Survey 2013 (AGS 2013) was set by the economic crisis. The economic situation is very fragile and although precise figures are still missing growth is expected to have contracted or at best been very weak during 2012. There is also uncertainty over the extent to which budgets for future-oriented investments have been safeguarded in 2012.

The AGS 2013 sets out 5 broad policy areas where action is needed to bring the EU back on a growth track. These areas are basically the same as last year. In this respect, the AGS 2013 builds on last year's AGS. As a consequence, most of ERAC's recommendations for last year's Survey are still valid for this year's AGS.

As far as research and innovation performance is concerned, overall EU R&D intensity has increased during the crisis from 1.87% in 2007 to 2.03% in 2011. Total public R&D expenditure has remained roughly unchanged in 2011 compared to 2010 (although a few Member States have raised their R&D budgets significantly¹). Official figures for 2012 are still missing. European companies have stated their intent to continue to invest more in R&D than in other activities, revealing their awareness of the crucial importance of R&D investments for their competitiveness. However, as companies tend to allocate their global investments on the basis of growth prospects and their investments are also heavily dependent on public R&D investments, the steady increase in business R&D intensity in Europe that we have witnessed between 2007 and 2011 may actually slow down.

¹ In particular the Czech Republic, Estonia and Slovenia.

According to ERAC's annual survey on public investment in R&D¹, public sector research expenditure may also have been stable in 2012, with a number of Member States confirming their intention to prioritise research and innovation in their budgets, as recommended by the AGS 2012² and other policy reports. However, this commitment may weaken over time as the crisis continues. At this moment, it is not possible to give a precise figure to the combined result of R&D expenditure in the public and the private sector.

This is where enhanced economic policy coordination through the European Semester cycle can play a role. This process allows a number of questions to be raised, such as: To what extent have last year's recommendations been taken up? What has happened to research and innovation budgets and expenditures? To what extent have these budgets contributed to fuelling European growth, stabilising the economic and financial situation and spurring structural reforms?

The Commission's Annual Growth Survey helps to see where Europe is going in general, while National Reform Programmes include the policies Member States intend to develop in the context of the Europe 2020 strategy. With the help of more recent information on research and innovation performance and policies, the recommendations could have been adapted in the AGS.

ERAC wishes to comment on the priorities included in the AGS 2013, in particular those impacting on research and innovation. ERAC also wishes to monitor the implementation of priorities it has recommended in previous AGS opinions.

With this in mind, ERAC wants to draw the attention of the Competitiveness Council to a number of observations with a view to reinforcing the research and innovation dimension of EU and Member State policies in 2013 and it would like to recall the recommendations made in 2011 and 2012.

1 See: Note to ERAC Members: [. . .] Results of the ERAC 2012 questionnaire on R&D investments and policy measures by EU Member States and Associated States (Commission document C6/PV/20/09/2012 (revised version of the note of 14/08/2012).

2 Communication from the Commission: Annual Growth Survey 2012 (doc. 17229/11 of 25 December 2011).

2. The European and the national context

A few introductory remarks should be made about research expenditure and research policies in Member States and at EU level before the present opinion will address the main messages of the AGS 2013 and ERAC's response.

- a) The most recent data on **R&D-expenditure** date from 2011. Compared to 2010, research expenditure increased in absolute terms. R&D intensity rose from 2,01% to 2,03% of GDP. However, only incidental evidence is available for 2012¹. This makes it difficult to say anything meaningful about R&D expenditure in 2012 and progress towards the 3% target.

- b) 13 Countries have already published their **government research budgets** for 2012, with several large economies among them. The figures show that the total budgets of these governments together is slightly higher than in 2011 (however, the rise may not compensate inflation). **This shows that most countries are intent on safeguarding their futur-related investments.** If this trend will be confirmed when the remaining government budgets become available, it will be good news indeed.

¹ In Belgium, Business Enterprise Research and Development (BERD) is expected to grow by 4% in 2012, which outnumbers inflation, but this picture may by no means be representative of the entire EU (one would have to check figures at national statistical offices in the EU to know what is going on elsewhere).

- c) At **European level**, 2012 saw preparations for Horizon 2020 taking off. The Commission also released a Communication including proposals for completing the European Research Area by 2014¹. The Council adopted conclusions on the Commission's ERA Communication in December 2012², "inviting Member States to identify the national reforms and actions needed to achieve the ERA in the context of the Innovation Union, and to present these reforms and their subsequent implementation when reporting on national ERA measures, where appropriate in the 2013 National Reform Programmes". The Council also considered that "achieving the ERA will require monitoring of ERA progress in close connection with the European Semester". It therefore invited the Commission "to develop a robust ERA monitoring mechanism (EMM), in close cooperation with the Member States, based on well-defined indicators for actions and monitoring of ERA policy reforms and their implementation. These indicators should be developed based as much as possible on existing indicators, in close coordination with the relevant process followed by EUROSTAT. Member States will be consulted on the whole process through ERAC". The preparation of the new innovation indicator was yet another important activity in 2012.
- d) Policy changes at **Member State level** still need to be examined. In 2012, more countries were given "country specific recommendations" (CSR) for research and innovation than in 2011. ERAC's Mutual Learning Exercise 2013 will look into these recommendations and assess the situation in Member States. The Commission has divided the CSRs into three categories: (1) efficiency of national science bases, (2) innovation strategies articulating supply-side and demand-side aspects, and (3) policies for high-growth innovative enterprises.

¹ Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Region - A Reinforced European Research Area Partnership for Excellence and Growth (doc. 12848/12 of 23 July 2012).

² Council Conclusions on a Reinforced European Research Area Partnership for Excellence and Growth (doc. 17649/12 of 12 December 2012).

3. Main messages of the AGS 2013 and the link with research and innovation policies

This year's Annual Growth Survey has been heavily influenced by the on-going economic and financial crisis in the EU.

The AGS 2013 calls for policies that lay the ground for "future growth and enhanced competitiveness that will be smart, sustainable and inclusive" while ensuring smart fiscal consolidation which safeguards public funding for education, research, innovation and energy. This approach is very much underpinned by the awareness that Europe's credit worthiness largely depends on its capacity to pay back its loans on the basis of its future growth prospects.

The crucial challenge is "to be able to show that our policies are working, that they will deliver results over time and that they will be implemented fairly in terms of the impact on our societies".

The AGS 2013 mainly aims at giving *broad* guidance to Member States (contrary to the Country *Specific* Recommendations, which will be released later on in the current semester). This policy guidance is summarised as "restoring confidence, stabilise the economic and financial situation while carrying out structural reforms".

The AGS 2013 concludes that **the priorities identified in last year's Survey remain broadly valid and that efforts should again be concentrated on the following policy priorities:**

- Pursuing growth-friendly fiscal consolidation
- Restoring normal lending to the economy
- Promoting growth and competitiveness for today and tomorrow
- Tackling unemployment and the social consequences of the crisis
- Modernising public administration.

Since the main messages of the AGS 2013 build on last year's AGS, ERAC's 2013 opinion also builds on last year's AGS opinion.

Each of these policy priorities calls for broad action by national governments. In some cases, research and innovation are at the core of such policy action, although this is by no means always so.

- **Pursuing growth-friendly fiscal consolidation**

Over a period of only just a few years, the debt ratio has increased from an average of 60% in the Euro area to 90%. Government deficits were at an average of around 6% in 2010 and are expected to be around 3% in 2012 according to the AGS 2013. However, each Member State faces its own fiscal and economic situation. This is why the AGS 2013 advocates different efforts for different countries.

On the expenditure side of government budgets, the Commission reiterates the importance of investments in education, research and innovation (as well as energy). These areas should be prioritised and strengthened where possible and appropriate.

ERAC welcomes the continued attention to safeguarding and – whenever possible – strengthening investments in research and innovation, including various forms of public support to research and innovation such as tax credits, public procurement, public-private partnerships, guarantees and counter-guarantees, support to venture capital, etc. This requires mobilising the full range of funding resources, including structural funds, Horizon 2020, COSME, etc. Hence the importance of reforms that lead to an appropriate policy mix including elements from the entire innovation cycle. ERAC emphasises that these efforts are crucial for progress towards the 3% R&D target, an aim which is firmly enshrined in the Europe 2020 strategy.

ERAC would like to emphasise that it is very difficult or perhaps even impossible at the present moment to monitor the extent to which future-oriented investments have been safeguarded or strengthened in government budgets. Final government budgets (in particular GBAORD¹) are often published late and do not include elements such as R&D tax incentives, guarantees and counter-guarantees, support to venture capital or pre-commercial procurement.

ERAC calls on the Commission to take initiatives (with the support of ERAC's relevant Working Groups) to review and improve the annual ERAC survey of government research budgets so that they offer a better overview of research and innovation investments, including R&D incentives.

Finally, ERAC calls on Member States to provide the requested information to the Commission in as complete and timely a manner as possible.

- **Restoring normal lending to the economy**

The AGS 2013 also focuses on the effects of the crisis on investors and lenders. It draws attention to severe funding problems for many borrowers as well as to the fragmentation of the financial system along national borders. The Survey summarises the measures taken so far to overcome these problems and lists a number of initiatives that can be initiated at national level.

ERAC would like to point to the importance of effective instruments to leverage private financing for research and innovation, as well as measures to overcome barriers to the take-up of financing instruments by small and medium-sized enterprises.

¹ GBAORD: Government Budget Appropriations or Outlays for Research and Development.

- **Promoting growth and competitiveness for today and tomorrow**

The AGS 2013 also analyses the consequences of the crisis. Most traditional sectors are hit very hard by the crisis and many newer ones find it difficult to keep their position. The AGS insists that proper framework conditions need to be in place to stimulate innovation, increase the performance of education, improve the business environment and allow for tapping the potential of the green economy. Member States are invited to improve the implementation of the Services Directive and increase the performance of network industries. These framework conditions are crucial to research and innovation. The single market in general should continue to be developed, in particular in the field of research and innovation.

ERAC welcomes the progress achieved in implementing the Innovation Union Flagship initiative and in putting in place the necessary policy framework for innovation at EU level. ERAC invites the Commission to complete the implementation of the Innovation Union Flagship and in this context it welcomes work on the new innovation indicator. ERAC will carefully analyse the policy implications of the results of the new indicator.

ERAC would also like to recall the importance of completing the European Research Area in order to improve the conditions for driving research investments, research excellence and innovation. In particular:

- **Member States are invited to examine which national reforms and actions are needed to achieve ERA, as well as to adapt existing rules and regulations if necessary;**

- **The Commission is invited to give greater prominence to understanding the obstacles to the completion of ERA and to analyse both the results of the survey on ERA, as well as the survey itself. The Commission is also invited to interact with ERAC on the development of the ERA Monitoring Mechanism (EMM) and on the ERA progress reports that the Commission will prepare together with Member States and ERAC, the first one of which is due in September 2013.**¹

ERAC considers that the European Research and Innovation Observatory, which the Commission is in the process of setting up, should be designed in such a way as to contribute effectively to greater knowledge of national research and innovation systems and policies. The Observatory should also take account of existing monitoring mechanisms such as the Innovation Union Scoreboard and the measuring activities of EUROSTAT.

ERAC invites Member States to set up or use existing national foresight instruments in order to underpin priority setting, including those set up by the Commission in the context of the European Forum on Forward Looking Activities (EFFLA).

¹ See Council Conclusions on a Reinforced European Research Area Partnership for Excellence and Growth of 11 December 2012, Paragraph 31.

- **Tackling unemployment and the social consequences of the crisis**

The number of unemployed has risen dramatically. The EU unemployment rate stands at over 10%. The enormous differences between Member States that are hidden behind by this average are a particular cause for alarm. The AGS 2013 makes a number of recommendations for a job-rich recovery, including recommendations to increase the employment rate of young and of poor people.

ERAC would also like to draw attention to the increasing risk of shortages of skilled labour, particularly in knowledge-intensive industries and activities, and to the role of research and innovation – in particular institutions for higher education – in meeting the demand for knowledge-intensive skills. The research and innovation system, which is equipped with means to popularise science with young people through awareness programmes, also supports promoting the take-up of science and maths subjects by young people in education, thus contributing to maintaining the pipeline of new researchers and innovation leaders.

ERAC stresses the importance of instruments that support commercialisation, technology start-ups etc. to create new high value-added jobs, such as through initiatives and measures aimed at reinforcing the links between universities and business and promoting networking and clustering among them.

- **Modernising public administration**

The AGS 2013 notes that the squeeze on public finances creates a momentum for modernising public administration. This is generally in line with previous ERAC discussions relating to the completion of ERA and the modernisation of universities and research institutions¹.

¹ See for instance the ERAC Opinion on the Modernisation of Universities (doc. ERAC 1211/11 of 23 June 2011).

ERAC draws attention to the importance of research for modernising public administration: research may strengthen evidence-based policy making and improve public service innovation.

ERAC welcomes initiatives taken to implement last year's recommendation on modernising universities and research institutions.

ERAC highlights the importance of efficiency and effectiveness of public investments in research and innovation. Particular attention should be given to developing more effective research funding systems in Member States.

ERAC wishes to express its commitment to the implementation of Europe 2020 and will remain actively involved in the follow-up to the Annual Growth Survey 2013 and future European Semesters. The Committee will also look at the progress of policies it has recommended in its opinion. Member States will be invited to report on progress by the end of 2013.
